



Verlegt täglich, ausser Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. (bei ins Haus geliefert); durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1,76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. Adressen: Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Remchingen Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad. — Vorzugsweiser Gewerbetreibender: H. Wildbad. — Postfachnummer 291 74. — Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Bezugspreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reflektoren 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Anzeigenentwurf werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Inhalt der Anzeigen muss täglich 9 Uhr vormittags, — In Randspalten oder wenn gerichtliche Zeitschriften notwendig sind, 10 Pf. je Zeile vorgewahrt werden.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.

Nummer 298 Februar 479 Samstag, den 20. Dezember 1930 Februar 479 65. Jahrgang.

Ein Schachzug gegen Deutschland

Curtius soll als Ratspräsident ausgeschaltet werden!

Das Völkerbundssekretariat hat sich überraschend zu einer weiteren Verschlechterung des Minderheitenverfahrens entschlossen. Der stellvertretende Generalsekretär Avenol (Frankreich) hat in der Minderheitenabteilung des Sekretariats einen Bericht ausarbeiten lassen, der auf eine Verschärfung der Ausschließbestimmungen gegen Deutschland aus den mit der formellen und materiellen Prüfung der Minderheitenbeschwerden betrauten Dreierausschüssen des Völkerbundsrates hinausläuft.

Nach einem Beschluß des Völkerbundsrates vom 10. Juni 1929 waren bisher die besagten Staaten sowie stammverwandte und benachbarte Länder der besagten Staaten nur von der materiellen Vorprüfung ausgeschlossen. Nach dem neuen Bericht soll dieser Ausschluß, von dem praktisch in erster Linie Deutschland im Rat betroffen wird, auch auf die formelle Vorprüfung ausgedehnt werden. Als Vorwand zu dieser Verschlechterung des Verfahrens, zu dem man sich in Genf erst nach der Abreise des Generalsekretärs Sir Eric Drummond nach Südamerika entschlossen hat, dient ein Vorgang, der schon längere Zeit zurückliegt.

Bei der großen Aussprache über die Minderheitenfrage vor dem Völkerbundsrat im März 1929 unter dem Vorsitz Scialojas (Italien) stellten die Staaten, die durch Minderheitenverträge gebunden sind, die Behauptung auf, der Ausschluß der stammverwandten und benachbarten Länder erstrecke sich nicht nur auf die materielle, sondern auch auf die formelle Vorprüfung aller Minderheitenbeschwerden. Der Bericht Avenols, der dem Völkerbundsrat im Januar 1931 zugehen wird, stützt sich auf diesen Einspruch und vertritt ebenfalls die Auffassung, daß stammverwandte und benachbarte Staaten in allen Fällen aus den Dreierausschüssen ausgeschlossen seien. Auffallenderweise enthält der Bericht Avenols jedoch nur die Wiedergabe minderheitenfeindlicher Stimmen.

Der Grund, warum man diese weit zurückliegende Frage in dieser einseitigen Form aufgreift, liegt offensichtlich darin, daß Dr. Curtius, der auf der Tagung des Rats im Januar 1931 den Vorsitz führen wird, von vornherein von jeder Teilnahme an der Vorprüfung der Minderheitenbeschwerden ausgeschlossen werden soll, die gegen Polen und die Tschechoslowakei gerichtet sind, daß man aber auch seine Zuständigkeit bei der Behandlung der deutschen Beschwerden über die Grenz- und Oberoberflächen einschränken möchte. Hinter dem Vorgehen scheint weiter die Absicht zu stehen, Dr. Curtius durch eine solche Erschwerung der Präsidentengeschäfte zu einem Verzicht auf den Vorsitz zu bewegen, denn man erklärt im Sekretariat, es würde für Dr. Curtius sehr schwierig sein, in den vielen Deutschland angehenden Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, einmal als Präsident des Völkerbundsrates und dann wieder als Vertreter Deutschlands im Rat zu sprechen. Da die Wahrnehmung des Vorsitzes im Völkerbundsrat dem deutschen Ratsmitglied die Möglichkeit gibt, die Minderheitenansprüche in einem wirklich unbeeinträchtigten und sachlichen Sinn zu leiten und auch sämtliche andern Fragen der Tagesordnung, wie die Einberufung der Abrüstungskonferenz, die verschiedenen Saarfragen usw., im Geiste der Unparteilichkeit zur Geltung zu bringen, liegt es auf der Hand, daß man im Völkerbundssekretariat bestrebt ist, den Vorsitz der Januaragung einem andern Mitglied zuzuschicken und damit gleichzeitig auch für die Zukunft einen Musterfall für alle Gelegenheiten zu schaffen, wo der Vorsitz Deutschlands im Rat mit der Behandlung Deutschlands angehender Fragen zusammenfällt. Gerade dieser Punkt ist von höchster politischer Bedeutung, da bisher fast alle 61 Ratstagungen zahlreiche deutsche Fragen zu behandeln hatten, und dies auch für die Zukunft so bleiben dürfte.

Daß Deutschland diesen Schachzug nicht unwiderrprochen hinnehmen darf, versteht sich von selbst.

Neue Nachrichten

Vom Ausschluß für Auswärtiges

Berlin, 19. Dez. Der Reichstagsausschuß für Auswärtiges trat gestern zusammen. Graf Bernstorff erstattete Bericht über die Verhandlungen in Genf. Der Vortrag erregte Befremden, nicht wegen seines Inhalts, sondern wegen der trockenen, fast uninteressiert scheinenden Form. Bernstorff beschränkte sich auf rein sachlichen Bericht, ohne seiner eigenen Anschauung Ausdruck zu geben. Ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen Außenminister Curtius wurde mit Mehrheit als nicht zulässig abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag des Grafen Westarp, der die Regierung auffordert, Material über die Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch ständige und planmäßige Werbung im Ausland und Inland im Benehmen mit dem Ausschuß zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen für den Unterricht und für die Verteilung an Schüler zu überweisen.

Tagespiegel

In der Kabinettsitzung am Freitag widmete der Reichskanzler dem verstorbenen Gesandten Rauscher einen warmen Nachruf.

Der Reichskanzler empfing am Freitag Vertreter der Spitzenverbände der Beamten, die sich über die neuerliche Hebe gegen die Beamten und ihre Sonderbesteuerung beschwerten. Der Reichskanzler gab beruhigende Versicherungen.

Wie WTB. erfährt, sind die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichsinnenministers Dr. Wirth grundlos.

Die neue deutsche Protestnote gegen die Polengrenze wurde am Freitag durch den deutschen Generalkonsul in Genf dem Völkerbundssekretariat übergeben. Die Note verlangt die Wiederherstellung der durch den Minderheitenschutzvertrag gewährleisteten Schutz der Deutschen in Polen.

Der preußische Landtag hat am Freitag den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing mit 224 gegen 182 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Poincarés Befinden hat sich nach dem Arztbericht weiter gebessert.

Das englische Parlament hat sich bis 20. Januar vertagt.

Die Reichsregierung kündigt den Angestelltentarif

Berlin, 19. Dez. Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den am Tarifvertrag für die Reichsangeestellten beteiligten Verbänden fanden gestern Verhandlungen über die Kürzung der Gehälter statt. Die Reichsregierung wollte auf Grund des § 5 der Notverordnung vom 1. Dezember auch sämtliche Reichsangeestellten die Gehälter um 6 v. H. wie bei den Beamten kürzen. Die Gewerkschaften haben den Gehaltsabbau unter Hinweis auf die hohe Belastung der Angestellten durch die Sozialversicherungsbeiträge — diese betragen rund 13 v. H. des Gehalts — abgelehnt. Das Reichsfinanzministerium hat darauf, auch im Auftrag der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Reichsbank, das Gehaltsabkommen zum Reichsangestelltentarifvertrag zum 31. Januar 1931 gekündigt. Die preuß. Regierung wird sich diesem Vorgehen anschließen. Die Gewerkschaften fordern, daß die der Arbeitslosenversicherung unterliegenden Angestellten von der Gehaltskürzung ausgenommen werden.

Der Reichsrat für Arbeitsruhe am 24. Dezember

Berlin, 19. Dez. Der Reichsrat hat gegen das Gesetz über den Ladenschluß am 24. Dezember Einspruch erhoben und eine Entschlebung angenommen, die Regierung zu erfuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf über die Arbeitsruhe am 24. Dezember vorzulegen.

Gegen die Stimmen der meisten preussischen Provinzen und bei Stimmenthaltung Thüringens wurde das Entschlebungsgesetz für die gewerksmäßigen Stellensermittler angenommen. Die Tätigkeit der Vermittler von künstlerischem und artistischem Personal hört mit dem 1. Januar 1931 auf. Diese Vermittler sollen eine Entschlebung erhalten, die sich nach dem Durchschnitt ihres Einkommens aus den Jahren 1927 bis 1929 berechnet. Den Konzertagenten, für die es noch keine Erlageeinrichtung gibt, soll die weitere Vermittlung erlaubt werden. Auch für die Vermittler von Haus-, Gastwirtschafts- und Landwirtschaftspersonal ist eine Entschlebung nicht vorgesehen. Sie dürfen ihre Tätigkeit noch 2½ Jahre fortsetzen, wenn sie ihr Gewerbe vor 1900 begonnen oder mindestens seit 1900 ausgeübt haben.

250 000 Wohlfahrtserwerbslose in den Kreisen

Berlin, 19. Dez. Die Vertreter von 200 Landkreisen des Reichs tagten gestern in Berlin. Gegenstand der Besprechung waren die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen, deren Zahl sich in den letzten Monaten fast verdoppelt hat. Am meisten betroffen sind die Industriekreise. Die Quellen, die die Notverordnung erschlossen hat, wurden in der Aussprache als ungenügend bezeichnet. Die Versammlung erklärte einmütig eine Ergänzung der Notverordnung für dringend geboten, damit für das Rechnungsjahr 1931 den Gemeinden und Gemeindeverbänden diese Last durch das Reich abgenommen oder neue Mittel bereit gestellt werden, um einen Zusammenbruch der Finanzen der Kreise zu verhüten.

Aufrechterhaltung des Uniformverbots in Baden

Karlsruhe, 19. Dez. Im Landtag erklärte Staatspräsident und Innenminister Wittenmann, er erhalte das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten und den kleinen Befehlungsstand (Verbot öffentlicher Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel) aufrecht. Der Antrag, das Verbot aufzuheben, wurde aufgehoben. Eine von der Deutschen Volkspartei beantragte Entschlebung, die ein allgemeines Uniformverbot für politische Verbände im ganzen

Reich für erwünscht erklärt, wurde mit den Stimmen der Volkspartei und des Zentrums angenommen.

Weitere Granaten-Funde in Pirmasens

Pirmasens, 19. Dez. Aus dem Weiber bei Witzeln sind gestern nachmittag 81 Granaten herausgefunden worden. Außerdem fand man einen Militärkarabiner und eine Pistole, die erst neuestens ins Wasser geworfen worden sind. Die Sucharbeiten werden fortgesetzt und man rechnet mit weiteren Funden, da die Mitte des Weibers beinahe einen Meter tief mit Schlamm bedeckt ist und deshalb der Grund noch nicht erreicht werden konnte.

Zeugnisschwanghaft gegen einen Schriftleiter

Weimar, 19. Dez. Schriftleiter Töpfer des sog. „Gothaer Volksfreund“ ist in Zeugnisschwanghaft genommen worden, weil er sich geweigert hat, in der Untersuchung gegen mehrere Polizeibeamte wegen ihrer Spionagedienste für das Reichsinnenministerium Zeugenaussagen zu machen.

Mussolini über den Mangel des italienischen Fehlbetrags

Anerkennung der deutschen Pfennigrechnung

Rom, 19. Dez. Bei der Beratung der Gesetzesvorlage über die Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter im Senat hielt Mussolini eine Rede über die Finanz- und Wirtschaftslage und teilte mit, daß der Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1930 auf etwa 900 Millionen Lire (198 Mill. Mk.) geschätzt werden könne. Es sei unmöglich, neue Steuern einzuführen oder die bereits bestehenden zu erhöhen, denn der Steuerdruck in Italien sei sehr erheblich. Man habe daher eine Erleichterung des Budgets durch Herabsetzung der Beamtengehälter herbeiführen müssen. Andere Ersparnismaßnahmen gebe es nicht. Auch eine Einschränkung der Militärausgaben, die von 650 Millionen Goldlire in der Vorkriegszeit auf etwa 5 Milliarden gestiegen seien, sei im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich, wo alle Mächte stark rüsteten, soviel sie auch von Frieden sprächen. Die Herabsetzung der Löhne habe zur Folge, daß die italienische Landwirtschaft eine Erleichterung ihrer Ausgaben in Höhe von 1200 Millionen Lire erfahre. Die entsprechende Erleichterung für die Industrie belaufe sich auf fast 1 Milliarde. Rechne man die Ersparnis durch die Gehaltskürzungen für alle anderen Arbeiter, die Beamten und Angestellten hinzu, so erhalte man eine Gesamtsumme von mindestens 3 Milliarden Lire (660 Mill. Mk.) Ersparnis.

Mussolini kam auch darauf zu sprechen, daß man in Deutschland wieder zur alten Pfennigrechnung zurückkehre. Es sei bedeutsam und nachahmenswert, daß damit der einzelne Pfennig wieder zur Geltung komme. Das sei ein Wert moralischer Sanierung, die mit der wirtschaftlichen Hand in Hand gehe.

Es unterliege keinem Zweifel, fuhr Mussolini fort, daß die Friedensverträge in der Form, wie sie aus den von Leidenschaft erfüllten Jahren 1919/20 hervorgegangen sind, nicht mehr mit dem Gewissen der Gegenwart zu vereinen sind. Die Hauptursache der allgemeinen Krise liegt in dem Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch.

Die Gesetzesvorlage wurde vom Senat angenommen.

Anappe Mehrheit für das Kabinett Steeg

Paris, 19. Dez. Die Kammer nahm gestern einen von der radikalen Linken eingebrachten Vertrauensantrag für das Kabinett mit 291 gegen 284 Stimmen, also mit der kleinen Mehrheit von 7 Stimmen, an. Drei Unterstaatssekretäre, im ganzen also fünf, sind aus dem Kabinett ausgetreten, weil sie nicht in einem Kabinett sitzen wollten, das sich auf die Linke stütze.

Abkommen über das englische Wahlrecht

London, 19. Dez. Zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen ist ein stillschweigendes Abkommen getroffen worden, nach dem das englische Wahlrecht in dem Sinn abgeändert werden soll, daß u. a. Stimmen übertragen werden können. Nach dem bestehenden Wahlgesetz ist derjenige Bewerber Sieger, der in einem Wahlkreis verhältnismäßig die meisten Stimmen erhält. Die Liberalen wollten ursprünglich das Verhältniswahlrecht einführen, das aber von der Arbeiterpartei abgelehnt wird. Das Abkommen verpflichtet die Liberalen, die Arbeiterpartei noch länger zu unterstützen. Die Gewerkschaften hatten das Abkommen schon lange gefordert, weil sie nach demselben u. a. wieder das Streikrecht und das Recht, von den Mitgliedern Beiträge zu politischen Zwecken zu sammeln, wieder erhalten sollen. Diese Rechte hatten sie nach dem großen Ausstand 1926 unter der damaligen konservativen Regierung verloren. Der Gesetzesantrag über die Wahlrechtsänderung ist bereits im Unterhaus eingebracht worden und soll am 22. Januar in zweiter Lesung beraten werden. Der Gesetzesentwurf wird zweifellos zu schweren Kämpfen zwischen Oberhaus und Unterhaus führen. Neuwahlen unter dem bisherigen Wahlrecht würden zweifellos einen glatten Sieg der Konservativen zur Folge haben, was auch Mac Donald in der Fraktionsführung der Arbeiterpartei

zugab. Wenn aber nach dem Abkommen Arbeiterpartei und Liberale ihre Ueberstimmungen gegenseitig austauschen könnten, wäre eine alleinige konservative Mehrheit unmöglich gemacht.

Das englische Farbeneinfuhrgesetz

London, 19. Dez. Die Regierung hatte eine Vorlage eingebracht, nach der das bisherige Gesetz, das die Einfuhr von Farben verbietet oder einschränkt, aufgehoben werden soll. Im Unterhaus fand der Regierungsantrag eine Mehrheit. Das Oberhaus lehnte ihn aber mit sehr großer Mehrheit ab und beschloß, daß das alte Gesetz bis 15. Januar in Kraft bleibe. Im Regierungsblatt „Daily Herald“ wurde gedroht, das Oberhaus werde ganz aufgehoben, wenn es sich in dieser Frage nicht gefügig zeige. Bei der nochmaligen Abstimmung im Unterhaus ergab sich aber für den Regierungsantrag nur die kleine Mehrheit von 244 gegen 238 Stimmen, während das Oberhaus drohte, mit dem strittigen Antrag auch soziale Gesetzesanträge zu verbinden, die damit zu Fall gekommen wären. Die Regierung hielt es nun für angezeigt, den Rückzug anzutreten und ihren Antrag zurückzuziehen. Das Farbeneinfuhrgesetz bleibt somit bis 15. Januar 1932 in Kraft.

Erneute türkisch-perfische Spannung

London, 19. Dez. „Times“ meldet aus Konstantinopel: Dem amtlichen Blatt „Milliet“ zufolge hat die perfische Regierung einige der Kurdenführer, die eine wichtige Rolle bei dem Aufstand in Türiich-Kurdistan im Sommer gespielt haben, freigelassen. Die Perfer werden beschuldigt, mehrere Kurdenstämme wieder mit Waffen versehen zu haben. In amtlichen türkischen Kreisen würde die dadurch geschaffene Lage ernst beurteilt, und den türkischen Grenztruppen seien Anweisungen erteilt worden, allen Versuchen der Kurden, neue Unruhen hervorzurufen, streng zu begegnen und gegebenenfalls bei Verfolgung der Kurden die perfische Grenze zu überschreiten.

Württemberg

Stuttgart, 19. Dezember.

Beleid der württ. Regierung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württ. Staatsregierung hat der Witwe des Gesandten Kauscher, der geborener Württemberger war, ein Beleidstelegramm überandt.

Weihnachts- und Neujahrsvorkehr. Von der Reichs- und Zentraldirektion Stuttgart wird mitgeteilt: Zur Bewältigung des stärkeren Verkehrs aus Anlaß der Weihnachts- und Neujahrsestivalen werden in der Zeit vom 19. Dezember 1930 bis 8. Januar 1931 nach Bedarf Vor- und Nachzüge zu fahrplanmäßigen Schnell-, Eil- und Personenzügen gefahren. In der Zeit vom 20. Dezember 1930 bis 5. Januar 1931 fallen wegen Arbeitsruhe oder wegen geänderter Arbeitszeit in einzelnen Fabriksbetrieben eine Anzahl hauptsächlich dem Berufsverkehr dienender Züge aus. Am Mittwoch, 24. Dezember 1930 verkehren die Züge allgemein wie sonst Samstags.

Aufnahme in die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten. Im Frühjahr 1931 werden nach einer Bekanntmachung des Evangelischen und des Katholischen Oberkirchenrats in Klasse 1 der Lehrerbildungsanstalten (und zwar in die 3 evang. Lehrerbildungsanstalten Badnang, Ehingen und Heilbronn und die kath. Lehrerbildungsanstalt Rottweil) und in Klasse 1 der evang. Lehrerinnenbildungsanstalt Markgröningen (nicht auch in die kath. Lehrerinnenbildungsanstalt Gmünd) wieder Schüler und Schülerinnen aufgenommen, die nach einer sechsjährigen Ausbildungszeit zur ersten Volksschuldienstprüfung geführt werden. Unter Umständen ist auch mit einer Aenderung der Lehrerbildung zu rechnen, die zugleich eine Aenderung in der Ausbildung der Aufzunehmenden hinsichtlich Ort, Art und Dauer mit sich bringen kann. Da ein großer Andrang zu erwarten ist und die Aufnahme in beschränktem Umfang stattfindet, haben nur gut begabte Schüler und Schülerinnen Aussicht, aufgenommen zu werden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß eine Aufnahme in Klasse 2 (etwa auf Grund des Zeugnisses der mittleren Reife) nicht möglich ist. Zur Feststellung der Begabung und der für den Unterricht nötigen geistigen Reife wird in den Monaten Januar und Februar eine Aufnahmeprüfung in einfacher Form (schriftlich und mündlich) stattfinden.

Meisterprüfungen. Nach Mitteilung der Handwerkskammer Stuttgart werden im Frühjahr 1931 wieder in allen Gewerben, mit Ausnahme des Buchdruckgewerbes, Meisterprüfungen von der Kammer abgehalten.

Die Umlagerhöhung. Wegen die vom Gemeinderat durch Stichtenscheid des Oberbürgermeisters beschlossene Umlagerhöhung von 15 auf 16 v. H. war von einigen Parteien unter Anfechtung der Rechtsgültigkeit des Beschlusses bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung Beschwerde erhoben worden. Diese Beschwerde wurde jedoch abgelehnt. Es bleibt also bei der Gemeindeumlagerhöhung und zwar rückwirkend auf 1. April 1930.

Wohnungsbau im Jahr 1931

Stuttgart, 19. Dez. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach einer Bekanntmachung der Wohnungs-kreditanstalt bringt die Notverordnung einschneidende Aenderungen auch für die Förderung des Wohnungsbaus im Jahr 1931. Insbesondere ist mit einer sehr empfindlichen Verringerung der öffentlichen Mittel und der belehbaren Wohnungen (nur noch Kleinstwohnungen) zu rechnen. Die Wohnungskreditanstalt hofft, daß sowohl über die mit dem württ. Staatshaushalt zusammenhängenden Steuerüberweisungen an die Anstalt als auch über die erwähnten Reichsgrundbesitz bis Mitte Januar 1931 die erforderliche Klarheit geschaffen ist. Die Anstalt wird dann alsobald eine entsprechende Aufforderung zur Vorlage von Darlehensanträgen unter Zusammenfassung der neuen Vorschriften erlassen. Darlehensanträge früher vorzulegen, ist zwecklos.

Aus dem Lande

Feuerbach O. A. Stuttgart, 19. Dez. Tödlich verunglückt. In der Botmangerstraße in Feuerbach wurde ein 85 J. a. Mann, der in unachtsamer Weise den Schweg verließ, von einem Zweipannernfahrzeug angefahren und umgeworfen. An den Folgen der erlittenen Verletzungen ist der Verunglückte im Feuerbacher Krankenhaus wenige Stunden darauf gestorben.

Kornwestheim O. A. Ludwigsburg, 19. Dez. Schwere Autounfall. Donnerstag nacht verunglückte auf der Straße Kornwestheim—Juffenhäusen ein Vertreter einer Ptertelwarenfabrik aus Fellbach mit dem Kraftwagen.

Ihr Weihnachtsgeschenk

soll über den Tag der Bescherung hinaus Freude machen. Kaufen Sie deshalb dort, wo Ihnen für die Güte und Preiswürdigkeit der Ware garantiert wird, wo der Beschenkte jederzeit umtauschen kann und wo man Sie auch beim kleinsten Auftrag zuvorkommend und gewissenhaft bedient. Mit einem Wort: Kaufen Sie am Platze!

Der Wagen kam anscheinend in der Kurve bei der Biegelei ins Schleudern und stürzte, zwei Begleiter mitnehmend und sich überschlagend, die etwa 5 Meter hohe Böschung hinab. Während ein Insasse nur geringe Verletzungen erlitt, mußte der andere in bewußtlosem Zustand in ärztliche Behandlung gegeben werden. Der Wagen ist stark beschädigt.

Kalen, 19. Dez. Schubartdenkmal. Ein altes Kalener Wahrzeichen am Bahnhof, das Schubartdenkmal, muß dem modernen Verkehr weichen. Es wird in den Anlagen vor der Hohlstraße in der Friedhofstraße aufgestellt werden.

Hall, 19. Dez. Autolinie nach Waldenburg-Langenburg. Nach eingehenden Vorbereitungen der daran beteiligten Gemeindevorstände wurde der Plan einer Autolinie Hall—Waldenburg—Langenburg zur Genehmigung vorgelegt. Die Genehmigung wurde der Firma Enginger erteilt. Die Eröffnung wird voraussichtlich im Lauf des Januar stattfinden. Die Fahrt wird von Hall ausgehend über Heimbach, Michelfeld, Erlin und Wagrain, Gnadental berührend, am Forsthaus vorüber durch Büchelberg, Obersteinbach und Sailach, über Waldenburg-Stadt dem unten gelegenen Bahnhof zuführen. Von hier ab geht es weiter an Hohenbuch vorbei, durch Westernach, Eschental und Rückertshausen, über Braunsbach, Drlach, Resselbach und Bächlingen nach Langenburg.

Aus dem Hohenloheschen, 19. Dez. Baumwartprüfung. Die Hohenloher Baumwartprüfung, an der sich außer den einheimischen Schülern auch noch eine Anzahl Schüler aus anderen Oberämtern beteiligte, hat einen recht befriedigenden Verlauf genommen. Sämtliche Teilnehmer haben vor der Prüfungskommission bestanden und teilweise sogar mit gutem Erfolg ihre Arbeiten ausgeführt, was als besonderes Verdienst dem unterrichtgebenden Obsthauinspektor Schmeicher in Kupferzell angerechnet werden darf.

Reutlingen, 19. Dez. Beweisschlüsse. Hier erhielt eine Familie durch die Post die Uhr der Hausfrau zurückgefordert, die im Herbst 1919 in der Wohnung gestohlen worden war. Am meisten erfreut waren die inzwischen erwachsenen Kinder, die man damals fast den Diebstahls gelehrt hatte. Der Dieb hat die Uhr ohne irgendwelche schriftliche Bemerkung nach 11 Jahren heimgegeben.

Reutlingen, 19. Dez. Eine neue Schi- und Ausflugschütte. Auf der Reutlinger Alb ist zwischen Kleingöningen und Lichtenstein das Schi- und Ausflugschhaus von den Angehörigen des früheren württ. Gebirgsbataillons Jony, Ortsgruppe Reutlingen, errichtet worden. Es wird voraussichtlich am Sonntag nach Weihnachten (28. Dez.) eingeweiht werden.

Tübingen, 19. Dez. Der neue Rektor der Universität. Zum Rektor für das Studienjahr 1931 auf 1932 ist Professor Dr. Kirschner, Direktor der Chirurgischen Klinik, in der gestrigen Senatsitzung gewählt worden. Professor Kirschner zählt zu den besten Chirurgen Deutschlands. Professor Dr. Kirschner ist geboren am 28. Oktober 1879 in Breslau als Sohn des nachmaligen Oberbürgermeisters von Berlin.

Zurückgenommene Revision. Die Revision in der Strafsache gegen Ball und Genossen wegen Religionsvergehen ist von der Staatsanwaltschaft und den Angeklagten zurückgenommen. Das Urteil ist also rechtskräftig. Damit ist der Fall der „ATW. Arminia“ endlich aus der Welt geschafft.

Die Abrechnung über das Kriegerdenkmal. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Vorsitzende die Zahlen aus der Abrechnung über das Kriegerdenkmal bekannt. Die Gesamtkosten stellten sich auf 40 951,65 RM. Aufgebracht wurden ungefähr 47 000 RM., so daß ein Ueber-schuss von 6000 RM. verbleibt. Der Ueber-schuss von 6000 RM. wird für die Ausführung der 10 Bronzetafeln mit den Namen der Gefallenen, die am Denkmal bereits aufgetretenen Beschädigungen wurde im Gemeinderat nicht gesprochen.

Verkehrspolizist verursacht einen Unfall. Gestern abend sind in der Kurve auf der Eisenbahnüberführung beim „Roten Jüseren“ ein Personenkraftwagen und ein Krafttrad mit Beiwagen zusammengestoßen. Die beiden Fahrzeuge waren stark beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Der Fahrer des Krafttrades (auswärtige Verkehrspolizeistreife) wurde am linken Fuß leicht verletzt, hat sich aber den Unfall selbst zuschreiben, da er, wie der Polizeibericht meldet, nicht mehr ganz nüchtern und daher in der Lenkung seines Fahrzeugs gehemmt war.

Münzingen, 19. Dez. Einbruchsdiebstähle. In der letzten Zeit sind hier mehrere Einbruchsdiebstähle verübt worden. So wurden einigemal in der Wehgerer Mung Fleisch- und Wurstwaren, auch ein kleiner Geldbetrag entwendet. Auch in der Schnittwarenhandlung Norddorf beim Neuen Lager soll ein Einbruch verübt worden sein. Im nahen Dottingen wurde ebenfalls ein Einbruch verübt. Vor zehn Tagen wurde bei Stefan Münzing Witwe eingebrochen und etwa 50 Mark in bar gestohlen. Bei Herrn Lamparter zum „Fah“ wurden 150 Mark in bar gestohlen.

Laupheim, 19. Dez. 3000 RM. Belohnung für Ueberführung eines Brandstifters. Am 1. September 1928 ist in Rot O. A. Laupheim die Scheuer der Geschwister Müller und am 23. September 1930 das Bohn- und Dekonomiegebäude der Geschwister Gründler in Rot, ferner am 9. November 1930 in Großschafhausen die Scheuer des Josef Ott und das Anwesen des Franz Niederwieser in Großschafhausen und am 24. November 1930 die Scheuer des Josef Wangold und die daran angebaute Scheuer des Julius Wenger in Großschafhausen abgebrannt. In sämtlichen vier Fällen ist der dringende Verdacht der vorläufigen Brandstiftung vorhanden. Die Gebäudebrandversicherungsgesellschaft hat eine Belohnung von 3000 RM. für solche Privatpersonen ausgesetzt, durch deren Angaben der Brandstifter in den genannten vier Brandfällen überführt wird.

Neckarfulm, 19. Dez. Gutscheine für die Erwerbslosen. Zur Unterstützung Erwerbsloser und Bedürftiger kommen in diesen Tagen ca. 4500 Mark zur Verteilung, davon allein 2000 Mark, die vom Heimatspielverein zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Spende des Heimatspielvereins wird restlos in Gutscheinen ausgeben, die bei den Inserenten im Heimatspielbuch eingelöst sind. Auch die Stadtgemeinde geht dazu über, in der Hauptsache Gutscheine zu verabsolgen.

Rißtiffen O. A. Ehingen, 19. Dez. Neue Brücke. Die neu erbaute Brücke über die Riß an der Durchgangsstraße Laupheim—Ehingen wurde dem Verkehr übergeben.

Waldsee, 19. Dez. Unfall. Ein Textilwarenhändler aus Ehingen hatte auf der Straße nach Biberach, beim Mattenhauser Gasthaus, das Unglück, daß an seinem Auto die Benzinleitung brach, Feuer fing und nach heftigem Knall der Wagen sofort in Flammen stand. Der Wagenlenker konnte sich und einen Teil seiner Ware retten.

Weingarten, 19. Dez. Blutvergiftung. Am Donnerstag wurde die 17 Jahre alte Tochter des Gipfermeisters und Stadtrats Mann beerdigt. Sie hatte sich beim Tannenzapfenfuchen im Wald eine kleine Verletzung im Gesicht zugezogen und starb an Blutvergiftung nach kurzer Krankheit.

Ravensburg, 19. Dez. Schwerverbrecher. Der 25jährige Straßenräuber Josef Wurst aus Ravensburg, der den schweren Raub auf die beiden Angefallenen der Firma Escher Wbf u. Co. verübte und sich deshalb in Untersuchungshaft befindet, hatte sich mit einem Kollegen, dem 25 Jahre alten Stümpfle, wegen eines Einbruchdiebstahls zu verantworten, der bereits 3 Jahre zurückliegt. Im Jahr 1927 war in das Kontor der Maschinenfabrik von Bezner in Ravensburg ein Einbruch verübt worden, die Diebe hatten jedoch nichts anderes als vier Schreibmaschinen mitnehmen können. Wurst erhielt 5 Monate und Stümpfle 4 Monate Gefängnis. — Wegen des Straßenraubs wird sich Wurst vor dem nächsten Schwurgericht zu verantworten haben; die Mindeststrafe für Straßenraub beträgt 10 Jahre Zuchthaus; wird die Tat als Raubmordverbrechen angesehen, so steht darauf die Todesstrafe.

Weihenau O. A. Ravensburg, 19. Dez. Hohes Alter. Am Sonntag darf Frau Oberförster Eugenie Magena den 85. Geburtstag feiern. Sie ist seit 31 Jahren Witwe und wohnte früher in Weingarten, wo ihr Gatte als Oberförster starb.

Friedrichshafen, 19. Dez. Neues Uferschutzgebiet. Ein neues, umfangreiches Uferschutzgebiet ist am Bodensee geschaffen worden. Durch das Entgegenkommen der Gemeindebehörden der Arboner-, Steinacher-, Hörner- und Rorschacher-Bucht, insgesamt 12 Km., für die Jagd vollständig geschlossen.

Vom Bodensee, 19. Dez. Des Winters Einzug. Schon seit einigen Tagen dauern die außerordentlich starken Schneefälle im Sänis an, so daß die oberen Teile bis zum Gipfel schon über 2 Meter Schnee haben. Die Temperatur sinkt jeden Tag auf 12—15 Grad unter Null. Am Samstag und Sonntag herrschte auf dem Sänisgipfel wieder ein furchtbarer Schneesturm.

Von der bayerischen Grenze, 19. Dez. Wegen Brandstiftung verurteilt. — Gemeine Tat. — Tödlicher Ausgang. Vom Schwurgericht in Neuburg wurden der ledige 23jährige Mühlburche Josef Ziegler wegen Brandstiftung und die Dekonomieratswitwe Franziska Hefele wegen Anstiftung zu je 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Hefele wurden außerdem die Ehrenrechte auf drei Jahre abgesprochen. Ziegler hatte im März 1928 vorläufig den Pferdestall des Anwesens der Hefele in Steinhelm angezündet in der Absicht, die Versicherungssumme zu erhalten. Die Frau hatte Ziegler zu der Tat angestiftet; sie erhielt auch von der Versicherung 9700 M. ausbezahlt. — In einem der letzten Nächte wurden an dem Auto des Pfarrers Schilcher in Hasberg sämtliche Reifen durchschnitten und die beiden Scheinwerfer zertrümmert. — Der Invalidenrentner Georg Jekle von Oberfahlheim wurde vor 14 Tagen auf der Straße von Rerlingen nach Oberfahlheim von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er nunmehr gestorben ist.

Vom bayerischen Allgäu, 19. Dez. Veruntreungen — Brand. Die Veruntreungen des Kaufmanns Josef Eberle in Fischen werden sich, wie sich jetzt herausstellt, auf 140—150 000 Mark belaufen. Davon ist der Spar- und Darlehensvereinsverein Fischen, dessen Vorstand Eberle war, mit 43 000 Mark in Mitleidenschaft gezogen. — In Memmingerberg ist ein Teil des Sägewerks des Landwirts und Sägewerksbesizers Josef Zettler mit beträchtlichen Holzvorräten einem Brand zum Opfer gefallen. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Pforzheim, 19. Dez. Eine unglückliche Fechtübung. In den Räumen des hiesigen Schauspielhauses hatten sich am 12. Nov. außerhalb der Spielzeit zwei Mitglieder des Schauspielerepersonals, beide aus Wien und miteinander befreundet, der 20jährige Geza Rech und der 22 Jahre alte Kurt Raunig mit Fechten vergnügt und benutzten dazu Balanierbedegen, die in der Nähe hingen, setzten aber keine Schutzmasken auf. Beim Fechten erhielt nun Raunig bei einer verfehlten Abwehr einen Degenstoß durchs Auge ins Gehirn, der nach wenigen Stunden zum Tod führte. — Die gerichtliche Verhandlung des Falles hat mit Freispruch des Angeklagten Rech geendet.

Milder Winter. Wie aus Jägerkreisen mitgeteilt wird, wird die Strenge des Winters noch nicht so bald ernstlich eintreten, da Feuer die Wiesel noch immer ihr braunes Fell tragen. Solange sich diese Tiere nicht weiß haaren, darf dies als ein sicheres Zeichen eines milden Winters gelten.

Warnung vor österreichischen Baulosen. In den letzten Monaten sind auch in Württemberg durch die deutsche Generalvertretung eines Wiener Bankhauses sog. österreichische Baulose (Obligationen des österreichischen Bundes-, Bohn- und Siedlungsfonds) vertrieben oder Bestellungen auf solche aufgeführt worden. Da der Vertrieb solcher Baulose gegen reichs- und landesgesetzliche Bestimmungen verstößt und darüber schon bei einzelnen Gerichten verschiedene Verfahren schweben, liegt es dem Organ der Handwerkskammer berichtet, Veranlassung vor, die Handwerker und Gewerbetreibenden dringend vor dem Ankauf dieser Baulose zu warnen.

Deutsche Äpfel für Weihnachten. Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß der großstädtische Verbraucher — wenn auch nur allmählich und durch die künftigen Appelle dazu veranlaßt — das heimische Obst dem ausländischen vorzieht. Zu diesem Erfolg haben bestimmt auch einflussreiche Kreise unserer heimischen Obstzüchter beigetragen, die sich